

Dokumentation

Heinz Oskar Vetter: Ansprache auf dem Antikriegstag 1979

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das, was der Deutsche Gewerkschaftsbund vor unserem Volk und auch vor der Welt zum Antikriegstag zu sagen hat, ist schon der Mühe des Zuhörens wert, denn wie würde es aussehen, wenn wir gegen den Krieg demonstrieren, die Gewerkschaften überall in unserem Land in den großen Städten, und die Jugend würde ihre Demonstration ausschließlich in Pfiffen und Kritik sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laßt mich in aller Ruhe ein paar Worte vorweg sagen: Daß wir als Gewerkschafter gegen den Krieg, gegen jeden Krieg sind, ist doch selbstverständlich. Unsere Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen mit Kriegstreibern und Mördern entstanden. Einheitsgewerkschaft, Kolleginnen und Kollegen, heißt aber auch: Kompromiß zwischen denen, die sie bilden und tragen. Deshalb müssen unsere öffentlichen Äußerungen von allen gemeinsam getragen werden können. Vergeßt nicht: Unsere gewerkschaftliche Einheit - über Parteigrenzen hinweg - ist heute notwendiger denn je. Es gilt: Nur vereint sind wir stark!

Noch eins: Es wird manchmal leichtfertig mit Begriffen umgegangen heutzutage. Jeder, der den Nationalsozialismus und seinen Terror miterlebt hat, wird bestätigen: Wer Strauß einen Faschisten nennt, macht es sich zu leicht, liegt falsch. Ihr pfeift, aber ich sage dennoch: Man versäumt es, die wirklichen Gefahren zu bekämpfen, wenn man sich falsche vorgeistert.

Auf den Tag genau, liebe Freunde, auf den Tag genau, heute vor 40 Jahren saß ich nämlich in der Waschkau der Zeche Robert Müser, drüben in Bochum, als die Stimme Hitlers aus dem Lautsprecher dröhnte: „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen!“ Eine historische Lüge aus dem Munde des deutschen Reichskanzlers leitete den blutigsten aller Kriege ein. Wir haben nämlich nicht zurückgeschossen. Die Wehrmacht hat angegriffen, und wenige Wochen später konnte Pfitler in Warschau verkünden: „Der polnische Staat existiert nicht mehr.“ Der Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen ist einer der dunkelsten Tage in unserer neueren Geschichte. Und auch das ist historische Wahrheit. Er wurde nicht zuletzt durch den Hitler-Stalin-Pakt erst ermöglicht. Geschichtliche Tatsachen lassen sich nicht verleugnen. Denn mit diesem Krieg begann ein entsetzlicher Weg des Leidens, der Verwüstung, des Tötens und des Mordens.

Millionen von Menschen wurden auf den Schlachtfeldern getötet; Millionen kamen durch Luftangriffe um; Millionen wurden in Konzentrationslagern bestialisch ermordet.

Und damit nicht genug: Millionen von Menschen wurden zu Krüppeln gemacht, verloren ihre Habe, wurden aus ihrer Heimat vertrieben und verschleppt. Wahrhaftig eine Bilanz des Schreckens und der Unmenschlichkeit!

Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Realitäten, die zu groß sind für Haß oder Vergeltung. Nur eines darf man nicht zulassen: das Vergessen! Mit jedem Vergessen sterben die Gefolterten, Verbrannten und Gefallenen zum zweiten Mal.

Einer der Überlebenden hat unsere Gefühle nach dem Zweiten Weltkrieg so ausgedrückt: „Die Hand soll verdorren, die je wieder ein Gewehr hält!“ Damit hatte er uns aus dem Herzen gesprochen. Aber keine Hand ist verdorrt — im Gegenteil: Manch einer hat sich am Krieg anderswo oder 'an dem Geschäft mit dem Krieg gesundgestoßen. Wenn es eine entscheidende Schlußfolgerung aus diesem 1. September 1939-aus diesen sechs Jahren Weltkrieg — gibt, und für die wir einstehen müssen, dann die: Von Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen! Dies muß die oberste Richtschnur für die deutsche Politik und für das Handeln jedes einzelnen von uns sein — ob alt oder jung. Darum begrüßen wir alle Ansätze zur Verständigung und Zusammenarbeit.

Wir zollen den evangelischen Kirchen in Ost- und Westdeutschland unseren Respekt, wenn sie sich an der Nahtstelle zweier Welt-systeme zu ihrer gemeinsamen Schuld und besonderen Verantwortung für den Frieden bekennen. Der Verzicht auf Gewalt ist auch eine Absage an die Drohung mit Gewalt oder die Verharmlosung von Gewalt.

Die Glorifizierung von Kriegserlebnissen darf nicht länger hingenommen werden. Wir dürfen denen keine Chance geben, die mit Parolen aus dem Wörterbuch der Unmenschen hausieren gehen, die Verbrechen und Mord verniedlichen oder gar bestreiten, die mit Gewalt „Heim ins Reich“ wollen und inzwischen selbst zur offenen Gewaltanwendung übergehen. Rechtsradikalismus ist auch heute keine Bagatelle. Er ist nicht dadurch zu erledigen, daß man ihn — wie in dem sattsam

bekanntem Deutschland-Magazin - als „Machenschaft des Ostens“ abtut. Die deutschen Gewerkschaften haben sich seit jeher vorbehaltlos gegen jede Art von Terrorismus gewandt. Das gilt für rechts wie für links gleichermaßen. Es darf nicht wieder dazu kommen, daß der Rechtsradikalismus — wie in der Weimarer Republik — nicht ernst genommen wird. Der braune Sumpf muß ebenso trockengelegt werden, wie die sich links gebärdende Gewaltstrategie bekämpft wird.

Friedenspolitik in Deutschland setzt voraus, daß die Tatsache des verlorenen Kriegs anerkannt wird: Versuche, ein Vorkriegsdeutschland wiederherzustellen, sind und bleiben reaktionär! Ein Großdeutsches Reich kann es und wird es nicht mehr geben! Das heißt nicht, Kolleginnen und Kollegen, daß wir den Gedanken an eine friedliche Wiedervereinigung aufgegeben haben. Ein geeintes Deutschland über den Weg der friedlichen Nachbarschaft und eines geregelten Nebeneinander, ein Deutschland, in dem Demokratie in Staat und Wirtschaft, soziale Sicherheit, Freiheit und Freizügigkeit für alle herrschen, bleibt unser Ziel. Aber wir werden uns nicht von Rattenfängern hinreißen lassen, diese Ziele mit einer Politik der Stärke durchsetzen zu wollen.

Kolleginnen, Kollegen! Unter dem Eindruck der verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs waren die meisten Menschen und Staaten bereit, einen neuen Anfang zu machen! Mit der Gründung der Vereinten Nationen haben sie ihren Willen zum Ausdruck gebracht, die internationalen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie sollten eine friedliche Austragung von Konflikten gewährleisten und kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten und Völkern durch internationale Aktionen verhindern. Die Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen hat allen Menschen neue Hoffnung gegeben. Aber die Vereinten Nationen haben sich bis heute als zu schwach erwiesen, um eine dauerhafte Weltfriedensordnung zu schaffen.

Der Kampf zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen in Ost und West hat

diese Organisation ihrer Wirksamkeit beraubt. In Europa ist ein außerordentlich empfindliches zerbrechliches Gleichgewicht des Schreckens entstanden. Unsere Sicherheit, mehr als 30 Jahre Frieden in Europa beruhen auf der gegenseitigen Abschreckung. Die beiden Weltmächte USA und UdSSR haben in ihren Einfluszbereichen Vorräte von Atomwaffen angelegt, deren Sprengkraft einer Million Hiroshima-Bomben entspricht. Das bedeutet — wie das schwedische Friedensforschungs-Institut SIPRI errechnet hat — drei Tonnen TNT je Kopf der gesamten Weltbevölkerung — Männer, Frauen, Kinder!

In dieser Situation, angesichts dieser Gefahren, setzt der Vertrag zur Begrenzung der strategischen Waffen — SALT II —, den die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion vor kurzem in Wien geschlossen haben, ein Zeichen. Es wäre ein schwerer Rückschlag, wenn der amerikanische Senat den Vertrag nicht ratifizieren würde. Allzu großer Optimismus, Kolleginnen und Kollegen, ist jedoch nicht angebracht: Die ständige Verfeinerung der Atomwaffen, die SALT II nicht ausschließt, macht sie immer gefährlicher. Je zielgenauer diese Waffen einsetzbar und je kalkulierbarer deren Schäden werden, desto größer wird auch die Versuchung, im Konfliktfall den „ersten Schlag“ zu führen. Und die Wissenschaft arbeitet weiter daran, das Risiko eines solchen ersten Schlages herabzusetzen.

Unsere Forderung lautet daher: Forschung und Entwicklung, die zu einem großen Teil im Dienste der militärischen Rüstung stehen, müssen auf zivile Zwecke ausgerichtet werden! Damit wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Rüstungsproduktion auf zivile Produktion umzustellen. Und es mangelt weder in der Bundesrepublik noch in der Sowjetunion, in den USA oder in Schweden an Bereichen, wo sich Forschung und Produktion zu humanen Zwecken einsetzen lassen — ich denke an die Energieversorgung, den Umweltschutz, die Medizin und die soziale Fürsorge bei uns - ich denke aber auch an die gewaltigen Aufgaben in der Dritten Welt.

Kolleginnen, Kollegen! Vor 10 Jahren habe ich mich als Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes anlässlich der dreißigsten Wiederkehr des Kriegsbeginns für die Förderung und Ausweitung der Konfliktforschung und Friedensplanung in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Der DGB hat damit die Initiative unterstützt, die von Bundespräsident Heinemann ergriffen wurde. An der damals gesehenen Notwendigkeit hat sich nichts geändert! Wenn heute die Friedensforschung in Existenznöten ist, dann können wir nicht tatenlos zusehen. Wissenschaftliche Methoden- und Richtungsstreitigkeiten, die sicher auch politische Hintergründe haben, dürfen nicht dazu herhalten, einer Einrichtung den Garaus zu machen, die unbequemen Wahrheiten an das Licht der Öffentlichkeit verhilft. Das muß man vor allem der bayerischen Staatsregierung ins Stammbuch schreiben, die sich im Gegensatz zu anderen Landesregierungen aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung herausgezogen hat. Friedensforschung ist notwendiger denn je!

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn auch jene, die sich so gern als „Friedensfreunde“ bezeichnen, wenn die sozialistischen Staaten Friedensforschung betreiben würden, die auch ihre eigene Rüstungs- und Militärpolitik kritisch beleuchtet. Denn: In dieser Welt der interkontinentalen Raketen ist Friedenspolitik unteilbar! Dem, was Staats- und Parteichef Ceaucescu kürzlich vor rumänischen Bergleuten gesagt hat, pflichte ich voll bei: „Tun wir alles, damit die Millionen von Wissenschaftlern, die heute für die Aufrüstung arbeiten, damit die Dutzenden von Millionen Menschen, die in den Rüstungsfabriken arbeiten, für den Wohlstand der Menschen, für die Unabhängigkeit eines jeden Volkes wirken!“

Kolleginnen, Kollegen! Die Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat uns einige Schritte vorangebracht. Aber ihre Wirkungen sind begrenzt geblieben. Ich fordere daher die Gewerkschaften aller Staaten, die die Schlußakte von Helsinki unterschrieben haben, auf, den

Staatsmännern auf der Folgekonferenz im nächsten Jahr in Madrid Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung zu machen, die von allen getragen werden können. Wir, die Gewerkschaften, müssen uns verpflichten, die Ergebnisse mit allen unseren Kräften national und international durchzusetzen!

Solange zwischen den hochentwickelten Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre ein Gleichgewicht des Schreckens herrscht, solange es nicht durch eine weitgehende Abrüstung und umfassende Entspannung überwunden ist, so lange werden die Konflikte in die Dritte Welt getragen. Es gibt kaum einen Stammeskrieg, Bürgerkrieg oder Grenzkrieg, in dem Großmächte nicht ihre Finger im Spiel haben — sei es, um ihre Einflusssphären zu sichern, sei es, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Beinahe alle jene 120 Kriege seit 1945 wurden in der Dritten Welt ausgetragen — im Nahen Osten, in Asien, Lateinamerika und Afrika. Sie alle wurden erst möglich durch den internationalen Waffenhandel und die immens gestiegene eigene Waffenproduktion in der Dritten Welt.

Die Rüstungsausgaben der Dritten Welt sind wesentlich stärker gestiegen als ihr Brutto sozialprodukt. Waffenproduktion und Waffenhandel, an dem alle Industriestaaten beteiligt sind, sind ein Krebsgeschwür am Weltfrieden! Wir fordern deshalb die Regierungen auf, unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenhandels zu ergreifen. Die bisherigen Erklärungen und Verträge haben die Kriege nicht verhindern können. An diese Stelle muß eine erheblich verstärkte Entwicklungshilfe für die Verbes-

serung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Dritten Welt treten. Sie wäre das Fundament für den Frieden und eine Garantie für eine bessere Zukunft derer, die bisher hungern und darben. Von dieser Verpflichtung ist kein Industriestaat dieser Welt - ganz gleich ob West oder Ost - ausgenommen. Sie ist nicht durch Ideologie zu ersetzen.

Es wäre viel gewonnen, wenn die erschreckende militärische Aufrüstung der Dritten Welt durch internationale Solidarität in eine wirtschaftliche und soziale Aufrüstung umgewandelt werden könnte. Dies muß aber Illusion bleiben, solange imperialistische Rezepte angeboten werden, wie man wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen nach dem Gesetz der Stärke blitzkriegartig beikommt.

Es gibt unverantwortliche Politiker in allen Ländern, die Eingreifkommandos an den Persischen Golf schicken wollen, um die Ölversorgung der Industriestaaten zu sichern. Ein Krieg um Öl - das ist eine durchaus aktuelle Gefahr. Er wäre nichts anderes als die seinerzeit so genannten „Schlachten um Lebensraum“. Es wäre ein Verbrechen gegen den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Dies unmöglich zu machen, ist auch und gerade eine Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Unser Leben und der Frieden auf der Welt wird davon abhängen, daß wir diese Herausforderung bewältigen. Wir wollen in Freiheit leben und in Frieden arbeiten! Den nächsten Krieg können die Arbeitnehmer nicht gewinnen. Deshalb wollen wir heute vor der Welt bekennen: Nie wieder Krieg, nie wieder Krieg!